Bund Deutscher Kriminalbeamter

BDK legt Forderungen zum zukünftigen Regierungsprogramm von SPD und B90/Die Grünen vor

21.05.2012

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat wie schon zur Landtagswahl 2010 auf die Vorlage so genannter „Wahlprüfsteine“ verzichtet und legt stattdessen eine Stellungnahme mit den dringend notwendigen Maßnahmen zur Gestaltung einer effektiven und effizienten Kriminalitätsbekämpfung vor. Bei der Formulierung von Kriterien für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung orientiert sich der BDK am Thema des Sachverständigengespräches des Innenausschusses, das bedauerlicherweise aufgrund der Auflösung des Landtages nicht mehr durchgeführt wurde: „Kriminalitätsbekämpfung intensivieren und Aufklärungsquote nachhaltig steigern“

In dem heute an die Parteien übersandten Papier befasst sich der BDK mit den dringend notwendigen Maßnahmen, die am Rande der „Funktionsunfähigkeit“ stehende Kriminalpolizei wieder aufzurichten. Dabei beschäftigt sich der BDK nicht nur mit der Verjüngung und Verstärkung der Kriminalpolizei, sondern auch mit einer gerechten Bewertung der Funktionen, der dringend erforderlichen Einführung der Y-Ausbildung im Rahmen des Bachelorstudienganges und der Forderung, die u. a. Besoldung und Versorgung inklusive der Zulagen und Sonderzuwendungen endlich der allgemeinen Gehaltsentwicklung wieder anzupassen.

Forderungen des BDK zukünftiger Regierungspolitik [PDF]

Schlagwörter
Nordrhein-Westfalen
diesen Inhalt herunterladen: PDF